
Reform von Kandidatenaufstellungen

Fehlende Realisierungspotenziale in Parteien

Benjamin Höhne

1 Reform von Kandidatenaufstellungen: Forschungsstand und These

Die Rekrutierung ist eine, wenn nicht sogar die Hauptfunktion politischer Parteien. Parteien stellen zu Wahlen Kandidaten auf, die Politik parlamentarisch gestalten und nicht zuletzt über den Rekrutierungsmechanismus an die Wähler rückbinden. Allerdings haben die Parteien an zivilgesellschaftlicher Bodenhaftung verloren. Ihre Bewerbernominierungen sind nach außen hin relativ abgeschlossene Veranstaltungen. Es dominiert Selbstbezug (vgl. dazu am Fallbeispiel der Kandidatenaufstellungen zur Europawahl 2009 Höhne 2013a). Insofern überrascht es nicht, dass die Reform von Kandidatenaufstellungen mehr denn jemals zuvor ein virulentes Thema in der deutschen Parteiendemokratie ist. Dabei ist die Kernfrage, wie die Parteien ihre Personalauswahlen zukünftig gestalten wollen bzw. wer die Entscheidungen treffen soll. So wurde in der SPD im Rahmen der Überarbeitung ihres Organisationsstatuts nach der verheerenden Niederlage bei der Bundestagswahl 2009 über die Öffnung für Sympathisanten und das Abhalten von Vorwahlen gerungen. Der Vorsitzende Sigmar Gabriel wird nicht müde, seinen Appell zu wiederholen: „Raus aus dem Hinterzimmer, rein ins pralle Leben“ (Das Parlament, 08.04.2013, S. 2). Oder auch die CSU: Sie sucht unter dem

2011 ausgerufenen Slogan ‚Jahr der Frau‘ nach Instrumenten zur Steigerung ihrer Attraktivität bei Frauen.

Verglichen mit der Rhetorik in den Parteien ist die empirische Tragweite der bisherigen Anstrengungen, insbesondere zur Einbeziehung von Nicht-Mitgliedern bei Wahlbewerberaufstellungen, gering. Diese waren folgenlos, lokal und temporär begrenzt oder Blendwerk. Folgenlos waren die Vorstöße des damaligen SPD-Generalsekretärs Franz Müntefering zum Abhalten von Vorwahlen bei Bundestagswahlen (vgl. Müntefering 2000). Ähnlich ist es den ambitionierten Vorschlägen Gabriels ergangen (vgl. Klug 2012). Lokal und temporär begrenzt blieb die alle Parteimitglieder integrierende Kandidatenaufstellung in zwei der drei Bezirke der CDU Rheinland-Pfalz zur Landtagswahl 1971 (vgl. Haungs 1970). Blendwerk war die als Primary bezeichnete Vorauswahl von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf der Landesebene zur Europawahl 2009. Beteiligen konnten sich nur Parteimitglieder und nicht wie bei den US-Vorwahlen alle eingetragenen Wähler (vgl. Höhne 2010a).

Ausgehend von diesen Beobachtungen ist die Frage des vorliegenden Beitrags, warum Kandidatenaufstellungen so schwer reformierbar sind.¹ Elmar Wiesendahl macht „Parteispitzen“ als die hauptsächlichen Gegner von Reformansätzen aus. Ihnen gehe es vor allem um „publizistische Effekte [...] und nicht um grundlegende Reformen“ (Wiesendahl 2012: 148). Dagegen seien ‚einfache‘ Parteimitglieder überwiegend Befürworter. Letztere Einschätzung stützt sich auf Studien von 1998 und 2009, in denen Einstellungen von Parteimitgliedern zum Abhalten von Urwahlen bei der Aufstellung öffentlicher Kandidaten dokumentiert sind (vgl. Lübker 2002; Laux 2011). Allerdings ist nur ein äußerst geringer Teil der Mitglieder überhaupt an Bewerbernominierungen beteiligt (siehe dazu Abschnitt 4). Dies ist einerseits auf eine in den Parteien weit verbreitete inaktive Mitgliedschaft (vgl. Spier 2011: 97-100), das heißt Selbstausschließung, und andererseits auf eine von Parteiführern gewollte Exklusion, bspw. durch das Abhalten von Delegierten- und nicht Mitgliederparteitage (vgl. Schüttemeyer/Sturm 2005), das heißt Fremdausschließung, zurückzuführen. Darüber hinaus werden Basisparteimitglieder bei einer möglichen Reformierung von Organisationsabläufen bei Bewerberauswahlen eher sekundär Mitwirkende sein. Die primär für eine mögliche Überwindung des Status quo verantwortlichen Entscheider bei dieser Frage

1 Die Reform von Kandidatenaufstellungen ist ein herausragender Teil des wissenschaftlich fokussierten Gesamtkomplexes ‚Parteireform‘ (vgl. dazu Reichart-Dreyer 1997; Bösch 2005; Jun 2009; Marschall/Strünck 2010; Schroeder/Neumann 2010; Bukow 2013: 82-84, 219-255; vgl. auch die Beiträge von Bukow sowie Turner/Bale/Green in diesem Band).

sind formale und faktische innerparteiliche Machtträger auf den verschiedenen Ebenen der Parteien (vgl. dazu jüngst den Sammelband von Korte/Treibel 2012).

Die These dieses Beitrags ist, dass die innerparteilichen Realisierungspotenziale für die Neugestaltung von Kandidatenaufstellungen mit dem Ziel der Öffnung besonders unter den Parteimitgliedern gering ausfallen, die Berufspolitiker sind. Damit sind die Personen gemeint, die das personelle Rückgrat der Parteien bilden. Dies sind Parteivorsitzende und Mandatsinhaber auf kommunaler, regionaler oder Landesebene, aber auch Parteigeschäftsführer auf diesen Ebenen. Dagegen geht von den obersten Parteispitzen bzw. den Bundesvorsitzenden kein substanzieller Widerstand aus, eher im Gegenteil. Dies illustrieren die eingangs erwähnten Vorhaben von Müntefering und Gabriel, die die Bewerbernominierungen ihrer Partei öffnen wollten, aber an den Widerständen aus dem Apparat gescheitert sind (siehe dazu auch den Beitrag von Sebastian Bukow in diesem Band).

Parteien werden in der Literatur als Berufspolitikerparteien klassifiziert (vgl. von Beyme 2001). Nach diesem Organisationsverständnis werden maßgebliche Personal- und Sachentscheidungen der bzw. in den Parteien in der ganz überwiegenden Zahl der Entscheidungslagen von Mitgliedern getroffen, die Politik beruflich-professionell ausüben. Sie sind Spezialisten für die Organisation von Parteipolitik; sie haben bei veränderten Spielregeln aber auch potenziell am meisten zu verlieren. Angenommen wird, dass unter diesen Personen teils diffuse, teils berechnete Ängste vor einer Reform vorherrschen, die in Verbindung mit deren beruflich-positioneller Verankerung in den Parteien oder ausgehend von diesen stehen. Berufspolitiker haben sich durch ihr jahrelanges innerparteiliches Engagement Positionen erarbeitet, mit denen bestimmte Gratifikationen und Privilegien verbunden sind. Um diese zu sichern, wäre es aus deren Sicht rational, eigene Rekrutierungsmacht wie auch etablierte Rekrutierungsstrukturen möglichst uneingeschränkt aufrechtzuerhalten. Besonders ausgeprägte Widerstände dürften nach diesem Organisationsverständnis bei einer weitreichenden Reform vorliegen, etwa zur Einbindung der Bevölkerung.

Der Beitrag gliedert sich in acht Abschnitte: Nachdem der Forschungsrahmen dargelegt wurde (2. Abschnitt), werden einschlägige Begründungszusammenhänge für die Reform von Kandidatenaufstellungen skizziert (3. Abschnitt). Es folgt die Darlegung des Ausmaßes der innerparteilichen Beteiligung an EP-Kandidatenaufstellungen (4. Abschnitt) und der innerparteilichen Verfahrensevaluationen (5. Abschnitt). Den Schwerpunkt bilden die Untersuchung der innerparteilichen Realisierungspotenziale für eine Reform von Kandidatenaufstellungen (6. Abschnitt) und Erklärungsansätze für die vermuteten Widerstände (7. Abschnitt). Abschließend werden die wichtigsten Befunde zusammengefasst und

bezugnehmend auf die forschungsleitende These ausblickend eingeordnet (8. Abschnitt).

2 Forschungsrahmen: Quantitative Fallstudie zu den EP-Kandidatenaufstellungen 2009

Die empirische Basis sind die standardisierten Einschätzungen der in die Aufstellungsparteitage zur personellen Vorbereitung der Wahl des Europäischen Parlaments (EP) im Jahre 2009 involvierten Akteure von CDU, CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE.² Das Studiendesign sieht neben dem Parteienvergleich zwei in schriftlichen Befragungen quantifizierte Perspektiven vor: erstens die der Elektoren und zweitens die der Aspiranten. Elektoren sind die selektionsbefugten Teilnehmer von Aufstellungsparteitagen. Bei EP-Nominierungen sind sie die Delegierten der Bundes- bzw. Landesparteitage (siehe Fußnote 2). In diesem Rekrutierungskontext werden sie in der Literatur zur „mittleren Führungsschicht“ (Schmitt/Niedermayer 1979: 484) der Parteien gezählt. Aspiranten haben sich auf einem Aufstellungsparteitag um wenigstens einen Listenplatz beworben, den sie allerdings nicht erlangt und somit den Kandidaten-Status verfehlt haben können. Sie müssen kein Parteimitglied sein, sind es realiter aber fast immer. Aspiranten-Elektoren wurden als Aspiranten befragt.

Die Feldforschung fand zwischen dem 15. November 2008 und dem 14. März 2009 statt. Erhoben wurden die Daten mittels Fragebögen, die nach diversen Vorankündigungen auf den ein- bis dreitägigen Nominierungsparteitagen ausgegeben und dort auch wieder eingesammelt wurden. Von 3.836 befragten Personen (Aspiranten und Elektoren) haben sich 1.556 beteiligt, so dass eine Gesamtaus schöpfungsquote von 40,6 Prozent erreicht wurde. Von 539 befragten Aspiranten haben 180 teilgenommen. Bei den Elektoren ist das Verhältnis 3.297 zu 1.376 (für detaillierte Angaben zu den Daten und Methoden siehe Höhne 2013a: 345-394).

Um Zustimmung zu bzw. Widerstände bei einer Reform von Kandidatenaufstellungen zu identifizieren und konkrete Handlungsempfehlungen zu erarbeiten, werden im Folgenden die Einstellungen und Wahrnehmungen der Elektoren und der Aspiranten analysiert. Beide sind von möglichen Modifikationen der be-

² CDU und CSU haben ihre EP-Kandidaten auf der Landesebene aufgestellt, alle anderen Parteien auf der Bundesebene. Ausgewählte und zu einem Datensatz aggregierte CDU-Landesverbände waren Berlin, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Gereiht werden die Parteien in diesem Aufsatz nach der Anzahl ihrer Wählerstimmen zur Europawahl 2009, beginnend mit den Unions-Schwesterparteien.

stehenden Selektionsstrukturen potenziell positiv oder negativ betroffen. Je nach Reformreichweite kann sich sogar die gesamte innerparteiliche Machttekonik verschieben. Die Sichtweisen der Entscheidungsträger bei Kandidatenaufstellungen und die der unmittelbar davon Betroffenen wurden in der seit Jahrzehnten währenden wissenschaftlichen Diskussion – nicht zuletzt auch mangels aussagekräftiger Daten – entweder nicht oder nur am Rande bedacht.³

3 Anreize für eine Inklusionsreform von Kandidatenaufstellungen

In der international vergleichenden Politikwissenschaft wird beinahe konsensual diagnostiziert, dass sich die Verbindungen zwischen den Parteien und der Bevölkerung in westlichen Demokratien abschwächen. Sichtbare Zeichen dieses auch als wechselseitige Entfremdung beschreibbaren Prozesses sind Auswanderungen von Mitgliedern aus den Parteien (vgl. Biezen/Mair/Poguntke 2012) und Ansehensverluste von Politikern (für Deutschland vgl. bspw. Köcher 2009: 271-284) wie auch Parteien (vgl. dazu die Beiträge von Oskar Niedermayer und Heiko Biehl in diesem Band). Damit geht ein Trend zur Dominanz der Berufspolitiker in den Parteien einher (vgl. von Beyme 2001). So sei der „Einflussbereich der Mitglieder [...] auf die Basisorganisationen [...] zurückgedrängt worden“. Gelangt „man [...] über die Ortsvereinsgrenzen hinaus in das Hoheitsgebiet der Berufspolitikerparteien, haben sich freiwillige Parteiaktive und Ehrenamtliche mit Pseudopartizipation und Akklamationsgehabe abzufinden“ (Wiesendahl 2012: 137). Insofern stellt sich gerade auch bei der Rekrutierung von Abgeordneten die Frage, ob Parteien noch der Maßgabe des Parteiengesetzes entsprechen und „für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen“ (PartG Art. 1, Abs. 2).

Mit der Schaffung von verbesserten Partizipationsangeboten und Inklusionsniveaus bei Kandidatenaufstellungen könnten die als Legitimationskette aus Wählern, Parteien und Parlamenten abbildbaren Repräsentationsbeziehungen (vgl. Strøm/Müller/Bergman 2006) sowie die Integrationskräfte im politischen System gestärkt werden. Repräsentanten und Repräsentierte könnten wieder näher zueinander gebracht und nachhaltiger aufeinander bezogen werden. Einer partiell schon jetzt bestehenden Sprachlosigkeit zwischen den vom Parteiapparat

³ Vgl. bspw. Becker 1999; Bilstein 1969; Cohen 1969; Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen 1974; Haungs 1981; Henkel 1976; Horn/Kühr 1978; Kölsch 1972; Magiera 1973; Patzelt 2010; Pennings/Hazan 2001; Peters 1956; Siefken 2002; Zeuner 1970.

geprägten Politprofis einerseits und der immer ‚bunter‘ werdenden Gesellschaft mit ihren vielfältigen und teils bereits individuell indifferenten Politikansprüchen andererseits könnte entgegengewirkt werden. Parlamente könnten sich soziostrukturell breiter zusammensetzen und die Qualität ihrer Funktionswahrnehmung erhöhen. Schließlich werden Rekrutierungsdefizite nur eingeschränkt durch parlamentarische Sozialisation ausgeglichen, so ein Befund der Parlamentarismusforschung (vgl. Patzelt 1999: 269).

Parteien könnten durch das Engagement von Personen aus bisher nicht erreichten gesellschaftlichen Gruppierungen an Vitalität und Schlagkraft gewinnen. Sie könnten das behauptete, aber längsschnittanalytisch und staatenübergreifend nicht eindeutig nachgewiesene, gestiegene gesellschaftliche Partizipationsbedürfnis besser bedienen (für einen Überblick über diese Diskussion vgl. Blühdorn 2011: 46f., 52f.). Aus einer integrationstheoretischen Sicht auf Parteien wären derartige Öffnungen sicherlich wünschenswert, wenngleich dabei die Entwertung der klassischen Parteimitgliedschaft droht (vgl. dazu Biehl 2013). Aber auch bei einem Perspektivenwechsel auf Parteien als eigennutzenorientierte Organisationen lassen sich Anreize zur Reform der Kandidatenaufstellungen ausmachen: Je ‚schlechter‘ es einer Partei infolge von Mitglieder- und/oder Stimmenverlusten ‚geht‘, desto drängender müsste ihr Organisationsinteresse werden, Selektionsverfahren zu modernisieren (vgl. Pennings/Hazan 2001: 267). Ökonomisch gesehen, könnte die sinkende Nachfrage nach dem Produkt ‚Partei‘ gestoppt oder sogar umgekehrt werden, indem das Angebot mittels verbreiterten und wirkungsvolleren Partizipationschancen bei zentralen Personalentscheidungen attraktiver wird.

Ob aber ein so modifiziertes Angebot zum einen auf ein positives Echo der Wähler trifft, und ob es zum anderen in den Parteien überhaupt erwünscht und realisierbar ist, sind bisher nicht abschließend beantwortete Fragen. Dieser Beitrag konzentriert sich auf das Forschungsdesiderat innerhalb des parteiinternen Problemkomplexes (zur Sicht der Wähler vgl. bspw. Siefken 2002).

4 Inklusion der Parteimitglieder in EP-Kandidatenaufstellungen

EP-Kandidatenaufstellungen sind reine Listenaufstellungen. Den Aufstellungsparteitagen (Letztentscheidungsarena) auf der Bundes- oder der Landesebene gehen informale, teils auch formale Entscheidungsprozesse auf diesen und der jeweils vorgelagerten Entscheidungsarena voraus (Vorentscheidungsarena). Dabei geben innerparteiliche Führer den Ton an. Verglichen mit den Kandidatenauf-

stellungen zu Bundestags- oder Landtagswahlen ist die Inklusion der Parteimitglieder der Basis gering (vgl. Höhne 2010b: 97f.). Das wahlrechtlich verbindliche Letztentscheidungsrecht hatten zur Europawahl 2009 bei der SPD 272, bei der LINKEN 481, bei der FDP 625 und bei den GRÜNEN 722 anwesende Delegierte inne (Bundesparteitage). Bei den untersuchten Unionsparteien lagen der minimale Wert bei 95 (CDU Sachsen-Anhalt) und der maximale bei 328 (CDU Hessen); die CSU kam auf 298 Elektoren (Landesparteitage). Da die Aussagekraft der absoluten Zahlen aufgrund der divergierenden Mitgliederstärken gering ist, wird zur Messung der Inklusion die Anzahl der Elektoren durch die Anzahl der Mitglieder einer Partei dividiert (siehe Abbildung 1). Demnach waren in keiner Partei bzw. in keinem Unions-Landesverband mehr als 1 Prozent der Mitglieder Elektoren, nur die GRÜNEN lagen etwas darüber (vgl. Höhne 2013b).

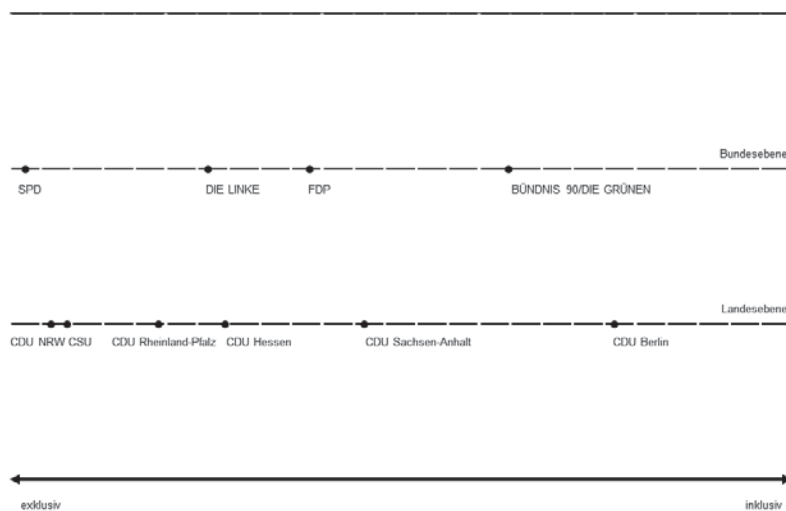


Abbildung 1 Inklusion der Parteimitglieder bei EP-Kandidatenaufstellungen (2009)
 Anmerkungen: Die Markierungen stellen den Quotienten aus Mitgliederanzahl einer Partei bzw. eines Unions-Landesverbands und der Anzahl ihrer Elektoren zur EP-Kandidatenaufstellung 2009 dar. Vernachlässigt wurde dabei, dass die Elektoren entsprechend dem Europawahlrecht das 18. Lebensjahr erreicht haben müssen, wohingegen die Parteimitgliedschaft zumeist schon früher möglich ist. Bei CDU und CSU wurde dieselbe Skalierung wie bei den anderen Parteien verwendet. Anzahl der Parteimitglieder am 31.12.2008, entnommen aus: Niedermayer 2009: 374.
 Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Nach Abbildung 1 waren die beiden inklusivsten Kandidatenaufstellungen die der CDU Berlin und der GRÜNEN, die beiden exklusivsten die der SPD und der CDU Nordrhein-Westfalen. Von signifikantem Einfluss auf die Inklusion ist die Mitgliederzahl: Je mehr Mitglieder eine Partei hat, desto geringer ist die Chance, diese als Elektoren zu beteiligen.⁴ Unerheblich für das Inklusionsausmaß ist, ob der jeweilige Parteitag auf der Bundes- oder der Landesebene abgehalten wurde. So wurde etwa für die Christdemokraten in Rheinland-Pfalz eine geringere Inklusion gemessen als bei der LINKEN, die nach CDU, SPD und CSU die mitgliederstärkste Partei in Deutschland ist. Dennoch gilt grundsätzlich, dass Dezentralisierungen, das heißt Verlagerungen von der nationalen auf föderale oder regionale Entscheidungsarenen, Inklusionsgewinne versprechen. Dass dies bei den untersuchten Kandidatenaufstellungen der christdemokratischen Landesverbände nicht durchweg der Fall ist, hat einen entscheidenden Grund: Exklusionen der Parteimitglieder begünstigen die Steuerungsfähigkeit einer Kandidatenaufstellung durch Parteieliten. Mit einer sinkenden Anzahl an Elektoren nimmt die Funktionsdichte in der Letztentscheidungsarena zu.

Festhalten lässt sich, dass die Beteiligung der Parteimitglieder bei den EP-Kandidatenaufstellungen gering ist. Allerdings sind Inklusionsausdehnungen im Rahmen der gegenwärtig gültigen Verfahren (insbesondere Aufstellung der Bewerber in den meisten Parteien auf Bundeslisten) engmaschige rechtliche, strukturelle, organisatorische und finanzielle Grenzen gesetzt.

5 Innerparteiliche Evaluierung von EP-Kandidatenaufstellungen

In Abbildung 2 sind die Evaluationen von Kandidaten zu den Europawahlen 1994 und 2009 auf einer Sieben-Felder-Skala von 0 („kaum“) bis 6 („sehr“) dargestellt. Wiedergegeben werden die zu arithmetischen Mittelwerten zusammengefassten Sichtweisen der zur jeweiligen Wahl angetretenen Bewerber von CDU, CSU, SPD, GRÜNEN, FDP, PDS bzw. LINKE und nicht die der etwas größeren Gruppe der Aspiranten.⁵ Das Ergebnis ist eine hohe Zustimmung zu den EP-Nominierungs-

4 Unabhängige Variable: Mitgliederanzahl (Stichtag: 31.12.2008, entnommen aus: Niedermayer 2009: 374), abhängige Variable: Elektorenanzahl (laut Satzung oder Beschluss, Angaben der Parteien), $r^2 = -0,645^*$, $N=10$, * $p \leq 0,05$.

5 An der Studie von 1994 nahmen 224 Kandidaten (der hier untersuchten Parteien) teil. An der eigenen Studie von 2009 haben sich 180 Aspiranten beteiligt, 165 waren Kandidaten (nur diese wurden hier berücksichtigt).

verfahren. 2009 wird das Verfahren allerdings im Vergleich zu 1994 als weniger ‚demokratisch‘, weniger ‚fair‘ und ‚komplizierter‘, aber auch geringfügig ‚effizienter‘ bewertet. Dies lässt sich so interpretieren, dass die EP-Kandidaten ihrem Aufstellungsmodus etwas kritischer gegenüberstehen als vor 15 Jahren.

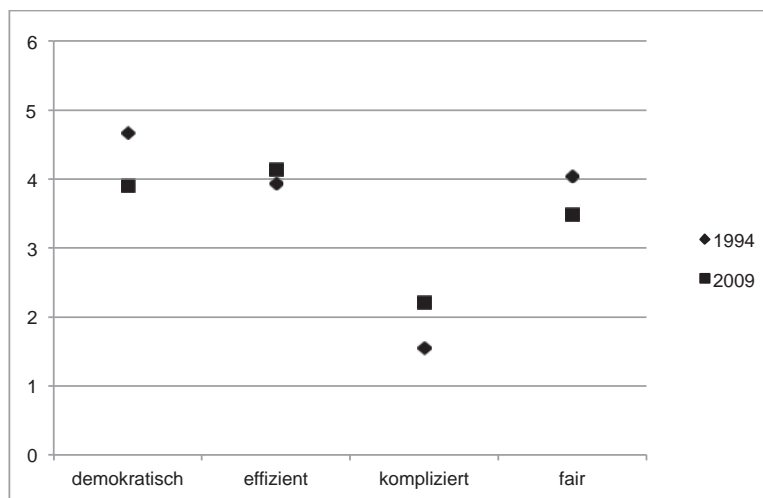


Abbildung 2 Bewertung des EP-Auswahlverfahrens durch EP-Kandidaten (1994 und 2009)

Anmerkungen: 1994 lautete die Frage: Wie war Ihrer Meinung nach das Nominierungsverfahren für die Kandidatur zum EP in Ihrer Partei? 2009 lautete die Frage: Wie ist Ihrer Meinung nach das Nominierungsverfahren für die Kandidatinnen/en zum EP in Ihrer Partei verlaufen?; Skala von 0 („kaum“) bis 6 („sehr“). Bei der Interpretation der Ergebnisse ist zu berücksichtigen, dass die Fragen geringfügig modifiziert und die Daten nach unterschiedlichen Erhebungsmethoden gewonnen wurden.

Quelle: 1994: Datenextraktion aus der European Candidates Study 1994 (für Informationen zu dieser Studie vgl. Kolk et al. 1997), 2009: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

In Abbildung 3 sind die gemittelten Verfahrensevaluationen der befragten Aspiranten und Elektoren zur Europawahl 2009 gegenübergestellt. Auch diese Darstellung ergibt bei allen vier Indikatoren ein Bild hoher Zustimmung zum Selektionsverfahren. Es wird aber auch deutlich, dass die Kandidatenaufstellungen von den Elektoren jeweils um fast einen Skalenpunkt ‚demokratischer‘ und ‚fairer‘ eingestuft werden als von den Aspiranten. Dagegen unterscheiden sich beide

Gruppen nicht wesentlich voneinander hinsichtlich der wahrgenommenen Effizienz (eher ‚effizient‘) und Kompliziertheit (eher ‚unkompliziert‘).⁶

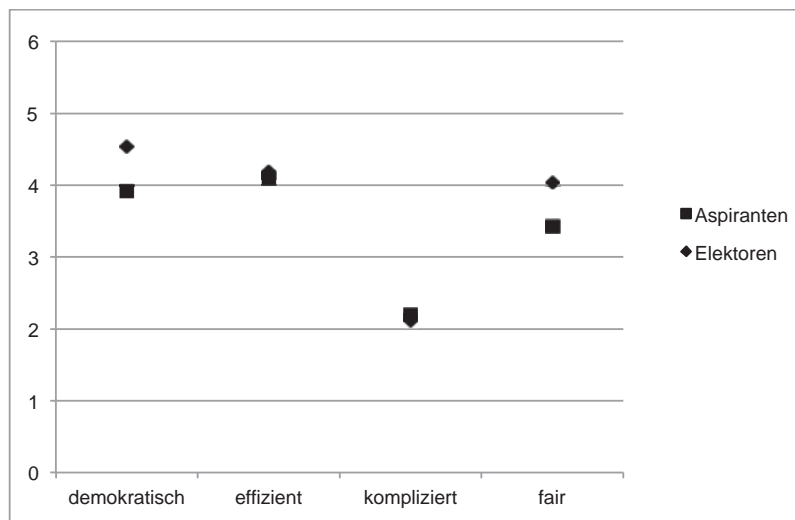


Abbildung 3 Bewertung des EP-Auswahlverfahrens durch Aspiranten und Elektoren (2009)

Anmerkungen: Die Frage lautete: Wie ist Ihrer Meinung nach das Nominierungsverfahren für die Kandidatinnen/en zum EP in Ihrer Partei verlaufen?; Skala von 0 (‚kaum‘) bis 6 (‚sehr‘).

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Wie sind die Abstände zwischen den Aspiranten und den Elektoren auf der Demokratie- und der Fairness-Skala zu erklären? Oder anders gefragt: Warum stufen die Aspiranten das Nominierungsverfahren gegenüber den Elektoren als weniger ‚demokratisch‘ und als weniger ‚fair‘ ein? Von Einfluss für die diesbezüglichen Bewertungen durch die Aspiranten ist deren Aufstellungserfolg, so das Ergebnis von zwei Rangkorrelationen: Mit einer sinkenden Chance, bei der Wahl tatsächlich ins Parlament gewählt zu werden (‚selbst eingeschätzte Man-

⁶ Dies zeigt auch der T-Test: ‚demokratisch‘ und ‚fair‘ unterscheiden sich signifikant ($p < 0,05$), ‚effizient‘ und ‚kompliziert‘ nicht ($p \geq 0,05$).

datschance⁷), wird das Nominierungsverfahren als weniger ‚demokratisch‘ und als weniger ‚fair‘ evaluiert.⁸ Keine signifikanten Effekte gehen von der ‚selbst eingeschätzten Mandatschance‘ auf die Wahrnehmung der Kompliziertheit und der Effizienz aus.

Ungeachtet der vorgefundenen Niveauunterschiede zwischen den Aspiranten und den Elektoren lässt sich festhalten, dass die Zustimmung zu den EP-Verfahren unter den befragten innerparteilichen Entscheidungsträgern hoch ist. Aus dieser Perspektive gibt es in den Parteien wenig Anlass, Reformschritte bei den Bewerberinnenominierungen zu gehen.

6 Innerparteiliche Realisierungspotenziale für eine Reform von EP-Kandidatenaufstellungen

Ein erstes zentrales Ergebnis der vorliegenden Untersuchungen zu den innerparteilichen Realisierungspotenzialen für eine Reform von EP-Kandidatenaufstellungen ist, dass sich die Mehrheit der Aspiranten und der Elektoren vorstellen kann, die Parteibasis stärker in die Auswahlverfahren einzubeziehen (im Folgenden definiert als partielle Inklusionserhöhung, siehe Abbildung 4). Allerdings ist diese Mehrheit knapp. Die Anteile ‚voll‘ und ‚eher‘ liegen zusammengenommen bei den Aspiranten und den Elektoren bei jeweils circa 54 Prozent. Dabei sind die Anteile der eindeutigen Befürworter (‚voll‘) größer als die der entschiedenen Gegner (‚überhaupt nicht‘). Betrachtet man nur den Anteil, der der Aussage: ‚Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern‘ ‚voll‘ zustimmt, zeigt sich eine größere Unterstützung unter den Aspiranten. Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis wird von knapp 39 Prozent der Aspiranten und von 37 Prozent der Elektoren ‚eher nicht‘ sowie von circa 7 Prozent der Aspiranten und von circa 9 Prozent der Elektoren ‚überhaupt nicht‘ als Bereicherung erachtet.

Ein zweiter zentraler Befund ist, dass der Vorschlag, die Bevölkerung am Aufstellungsverfahren teilnehmen zu lassen (im Folgenden definiert als allgemeine Inklusionserhöhung, siehe Abbildung 4), deutliche Ablehnung sowohl unter den

7 Die Frage lautete: Denken Sie, Ihre Chancen ins Europäische Parlament gewählt zu werden, sind ...; Kategoriensprägungen: ‚kein Listenplatz‘ (Kodierung=0), ‚sehr gering‘ (Kodierung=1), ‚gering‘ (Kodierung=2), ‚groß‘ (Kodierung=3), ‚sehr groß‘ (Kodierung=4).

8 Unabhängige Variable: ‚selbst eingeschätzte Mandatschance‘ (zur Frage und Kodierung siehe Fußnote 7), abhängige Variable: ‚demokratisch‘, Kendall-Tau-b=0,263**, N=170, abhängige Variable: ‚fair‘, Kendall-Tau-b=0,279**, N=166; ** p≤0,01.

Aspiranten als auch unter den Elektoren findet. Dagegen sind fast 65 Prozent der Aspiranten und sogar über 73 Prozent der Elektoren (addierte Anteile ‚überhaupt nicht‘ und ‚eher nicht‘). Wie schon bei der partiellen Inklusionserhöhung ist auch bei der allgemeinen die Skepsis unter den Elektoren (deutlich) größer als unter den Aspiranten.

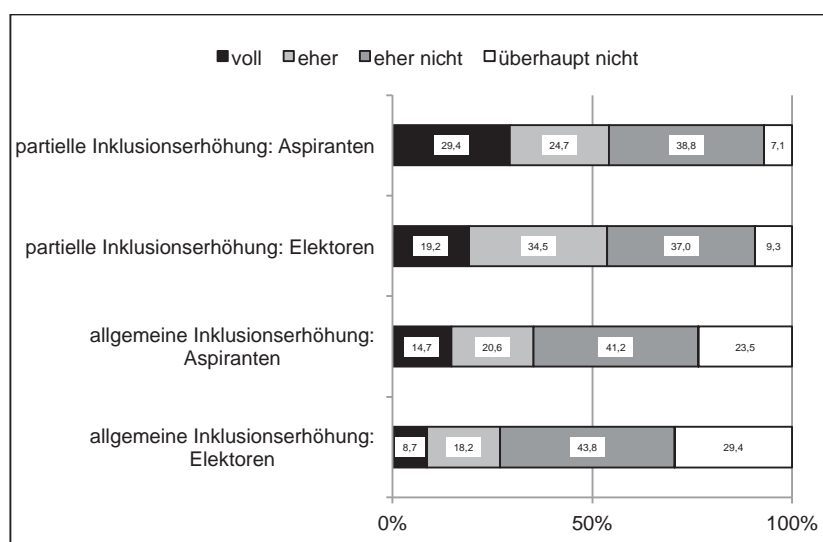


Abbildung 4 Zustimmung zu Inklusionserhöhungen von EP-Kandidatenaufstellungen, nach Aspiranten und Elektoren

Anmerkungen: Partielle Inklusionserhöhung: Geben Sie bitte an, ob und in welchem Ausmaß Sie den folgenden Aussagen zustimmen: Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Allgemeine Inklusionserhöhung: Die Einbeziehung der Bevölkerung würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent. Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Ausdifferenziert nach Parteien zeigt sich, dass die partielle Inklusionserhöhung lediglich bei (den Aspiranten und den Elektoren) der FDP keine Mehrheit findet (siehe Abbildung 5 und 6). In allen anderen Parteien sieht eine Mehrheit (addierte Anteile ‚voll‘ und ‚eher‘) entweder in beiden Befragungsgruppen oder nur einer (bei der CDU und den GRÜNEN) eine stärkere Beteiligung der Parteibasis als eine Verfahrensbereicherung an. So sprechen sich von den Aspiranten der

CDU nur 47 Prozent und von den Elektoren der GRÜNEN nur knapp 45 Prozent für die intensivere Einbeziehung der Parteibasis aus (addierte Anteile ‚voll‘ und ‚eher‘). Die mehrheitliche Ablehnung bei den Elektoren der Bündnisgrünen kann auf eine bereits realisierte, relativ große Inklusion zurückgeführt werden (siehe Abbildung 1 weiter oben). Unter den EP-Kandidatenaufstellungen mit der Letztentscheidungsarena auf der Bundesebene ist die der GRÜNEN die inklusivste. Zudem ist deren Inklusionsgrad höher als der der Parteien mit Aufstellungsparteitagen auf der Landesebene (CDU und CSU). Allein die CDU Berlin, ein Stadtstaaten-Verband mit wenigen Mitgliedern, aber vielen Delegierten (im Vergleich zu den anderen christdemokratischen Landesparteien), verbucht einen höheren Wert.

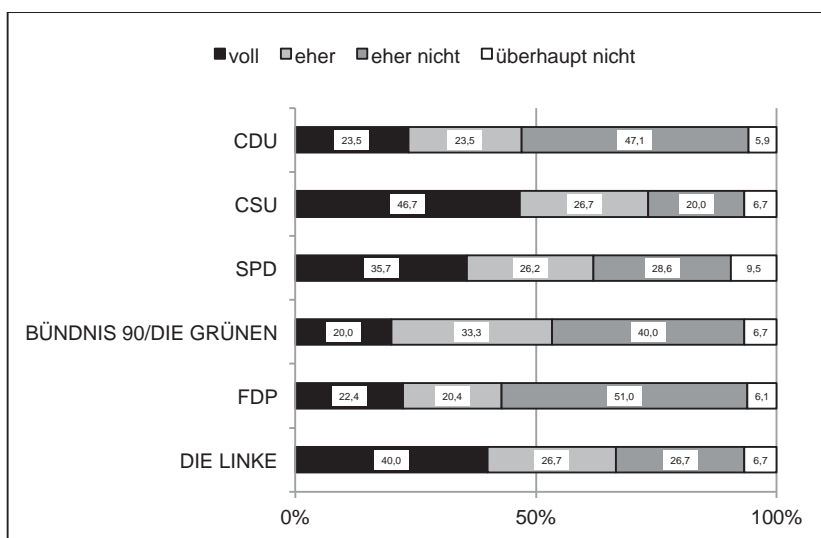


Abbildung 5 Partielle Inklusionserhöhung aus Sicht der Aspiranten, nach Parteien
Anmerkungen: Die Aussage lautete: Geben Sie bitte an, ob und in welchem Ausmaß Sie der folgenden Aussage zustimmen: Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Beachtenswert ist der Befund, dass die Aspiranten der CSU stärker als die aller anderen Parteien inklusivere Beteiligungsmöglichkeiten für die Parteibasis ‚voll‘

befürworten (circa 47 Prozent, siehe Abbildung 5 weiter oben). Der Inklusionswert der Christsozialen gehört zu den niedrigsten (untertroffen wird er nur von der CDU Nordrhein-Westfalen und der SPD, siehe Abbildung 1 weiter oben). Die Union in Bayern praktiziert ihre Kandidatenaufstellungen – nicht nur zu EP-, sondern auch zu Bundestags- und Landtagswahlen – ausschließlich nach dem Delegiertenprinzip (vgl. Höhne 2010b: 98). Dass DIE LINKE neben der CSU an der Spitze der Befürworter einer parteiinternen Inklusionszunahme steht (von den Aspiranten und den Wählern der LINKEN sprechen sich jeweils zusammengekommen knapp 67 Prozent ‚voll‘ oder ‚eher‘ dafür aus), ist vor allem durch den festen Zugriff der engeren Parteispitze auf die Personalauswahl zur EP-Wahl 2009 zu erklären. Der Geschäftsführende Parteivorstand hatte einen Vorschlag verabschiedet, der sich im Bundesausschuss – dem eigentlich vorschlagsberechtigten Gremium – und auf dem Aufstellungsparteitag nur mit unwesentlichen Veränderungen durchsetzte. Einflussreiche ‚Strippenzieher‘ wie Oskar Lafontaine oder Ulrich Maurer hatten die Delegierten nachdrücklich darauf eingeschworen, die nach Ost- und Westlandesverbänden bzw. pragmatischen und links-dogmatischen Gruppierungen austarierte Empfehlung unverändert anzunehmen, um den fragilen inneren Zusammenhalt der LINKEN nicht zu gefährden (siehe Höhne 2013a: 252f.).

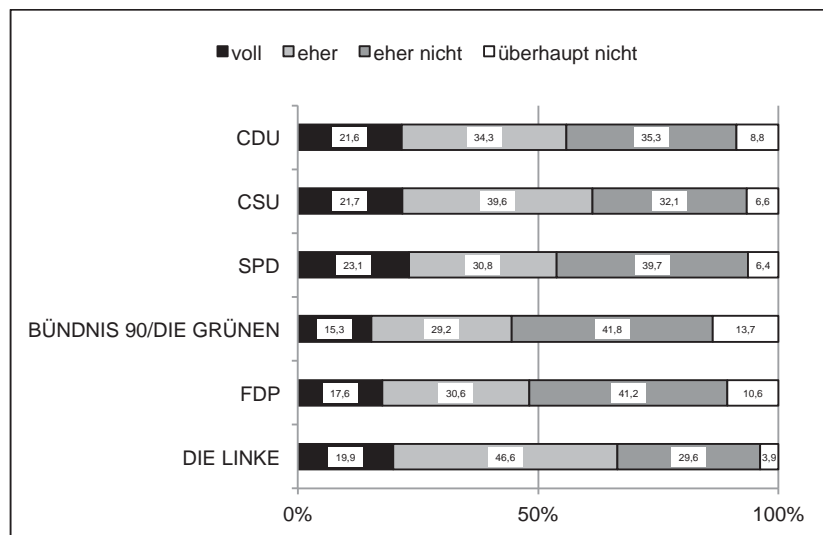


Abbildung 6 Partielle Inklusionserhöhung aus Sicht der Elektoren, nach Parteien
Anmerkungen: Die Aussage lautete: Geben Sie bitte an, ob und in welchem Ausmaß Sie der folgenden Aussage zustimmen: Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Gegenüber einer allgemeinen Inklusionserhöhung dominiert bei den Elektoren aller Parteien eine deutlich ablehnende Haltung. Die Aspiranten zeigen sich aufgeschlossener, weisen diesen Vorschlag aber bis auf die der GRÜNEN und die der LINKEN ebenfalls mehrheitlich zurück (addierte Anteile ‚überhaupt nicht‘ und ‚eher nicht‘, siehe Abbildung 7 und 8). Nur in den beiden letztgenannten Parteien wird die Einbeziehung der Bevölkerung in das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung von einer knappen Mehrheit der Aspiranten als Bereicherung erachtet (addierte Anteile ‚voll‘ und ‚eher‘ bei GRÜNEN und LINKE jeweils circa 53 Prozent).

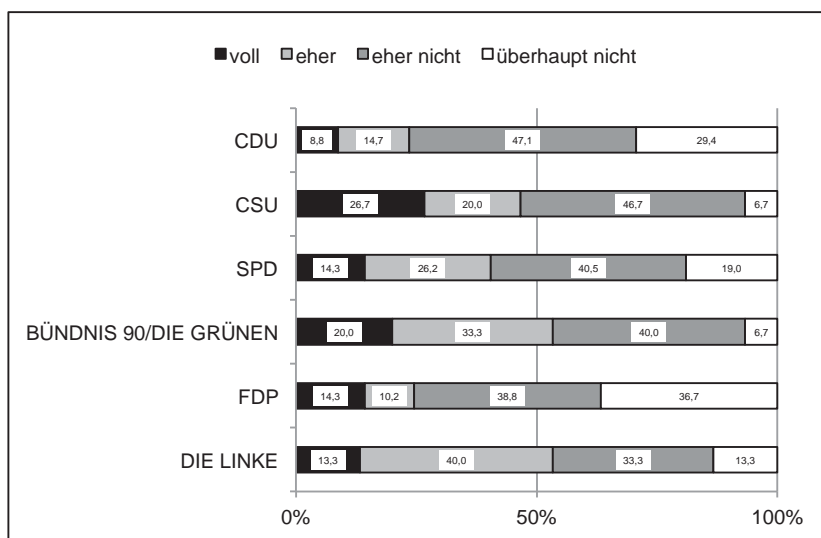


Abbildung 7 Allgemeine Inklusionserhöhung aus Sicht der Aspiranten, nach Parteien
 Anmerkungen: Die Aussage lautete: Geben Sie bitte an, ob und in welchem Ausmaß Sie der folgenden Aussage zustimmen: Die Einbeziehung der Bevölkerung würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

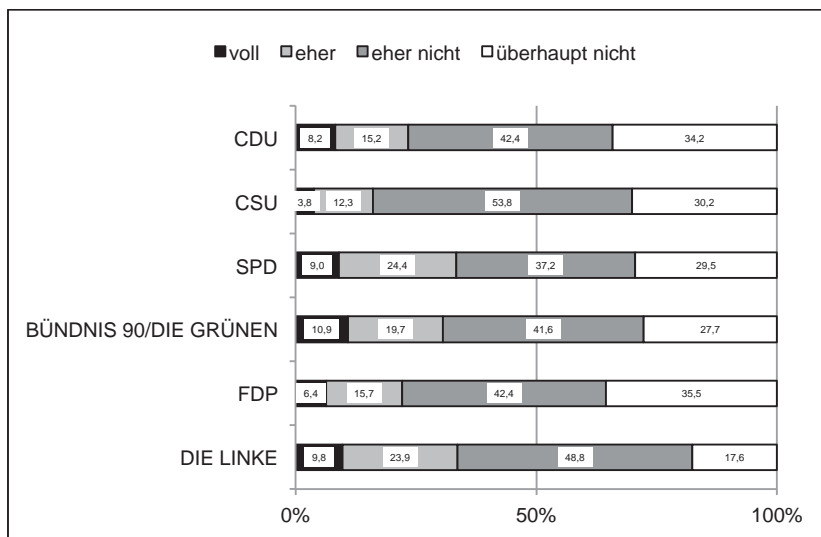


Abbildung 8 Allgemeine Inklusionserhöhung aus Sicht der Elektoren, nach Parteien
 Anmerkungen: Die Aussage lautete: Geben Sie bitte an, ob und in welchem Ausmaß Sie der folgende Aussage zustimmen: Die Einbeziehung der Bevölkerung würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Festzuhalten ist, dass die beiden hier diskutierten Grundstoßrichtungen zur Inklusionsreform der EP-Kandidatenaufstellungen ein geteiltes Echo in den deutschen Parteien hervorrufen. Dieses lässt sich parteienübergreifend zu folgendem Muster zusammenfassen: Erstens findet der Vorschlag der partiellen Inklusionserhöhung bei den Aspiranten und den Elektoren breite Unterstützung. Zweitens verhält es sich genau umgekehrt bei der allgemeinen Inklusionserhöhung: Diese wird von den Aspiranten und noch stärker von den Elektoren überwiegend abgelehnt. Drittens stehen die Aspiranten beiden Reformansätzen aufgeschlossener gegenüber als die Elektoren.

7 Erklärungsansätze für die innerparteilichen Realisierungspotenziale von Inklusionsausdehnungen bei Kandidatenaufstellungen

Was erklärt die drei zentralen Ergebnisse zur Haltung von Aspiranten und Elektoren gegenüber einer behutsamen bzw. partiellen und einer weitreichenden bzw. allgemeinen Inklusionsreform von EP-Kandidatenaufstellungen? Zu den ersten beiden Befunden: Dass der Ansatz mit relativ geringer innerparteilicher Tragweite große Befürwortung findet, währenddessen der weitreichende größtenteils abgelehnt wird, hat einen organisationsrationalen Hintergrund. Die historisch gewachsenen Anreiz- und Verteilungsstrukturen in den Parteien bei ihren Kandidatenaufstellungen entfalten eine erhebliche Beharrungskraft. Wie bei jeder Reform gäbe es auch hier Gewinner und Verlierer. In Abhängigkeit der Wandlungsintensität würden sich Nominierungsmacht und -chancen mehr oder minder merklich umverteilen. Insofern ist es plausibel, dass eine behutsame Reformagenda eher in den Parteien realisierbar wäre als ein Systembruch. Letzterer wäre der Übergang von einem rein innerparteilichen Nominierungsverfahren hin zu einem, das Teilhabechancen für die (wahlberechtigte) Bevölkerung umfasst.

Der dritte Befund, also die im Vergleich zu den Elektoren größere Unterstützung der Aspiranten für beide Formen der Inklusionserhöhung, insbesondere aber die partielle, ist von höherer Forschungsrelevanz. Die Aspiranten wären nach beiden Reformansätzen unabhängiger von den derzeit ausschlaggebenden innerparteilichen Elektoren. Es ergäbe sich für sie die Chance, etablierte Rekrutierungsmuster aufzubrechen und sich einem offeneren Wettbewerb zu stellen. Insofern überrascht es nicht, dass sich unter den Aspiranten die Gewinner des bisher praktizierten Verfahrens tendenziell gegen und die Verlierer tendenziell für die innerparteiliche Verbreitung von Partizipationschancen aussprechen: Im Aspiranten-Datensatz liegt ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen der ‚selbst eingeschätzten Mandatschance‘ und der Befürwortung der partiellen Inklusionserhöhung vor.⁹

Die Elektoren wären sowohl bei dem Ansatz mit großer innerparteilicher Tragweite als auch bei dem mit kleiner die Hauptverlierer. Bei der partiellen Inklusionserhöhung würde die formale Auswahl auf einen größeren parteiinternen

9 Unabhängige Variable: ‚selbst eingeschätzte Mandatschance‘ (zur Frage und Kodierung siehe Fußnote 7); abhängige Variable: partielle Inklusionserhöhung (Kodierung: ‚überhaupt nicht‘=0, ‚eher nicht‘=1, ‚eher‘=2, ‚voll‘=3); Kendall-Tau-b=-0,185**; N=169; ** p≤0,01. Kein signifikanter Zusammenhang tritt zwischen der ‚selbst eingeschätzten Mandatschance‘ und der allgemeinen Inklusionserhöhung auf.

Personenkreis verteilt werden. Einflusspotenziale würden breiter streuen, blieben jedoch in den Parteien. Bei der allgemeinen Inklusionsausdehnung würde Selektionsmacht aus den Parteien entweichen. Damit wäre eine Kernfunktion der Parteien bedroht (zu den aktuell von Parteien wahrgenommenen Funktionen vgl. Jun 2013). Schon Maurice Duverger (1959) hatte darauf hingewiesen, dass Kandidatenaufstellungen die hauptsächliche Grundlage einer Parteimitgliedschaft sein können. Werden Nominierungen aus Parteigremien auf die Bevölkerung verlagert, verliert die Organisationszugehörigkeit an Bedeutung. Dementsprechend liegt im Elektoren-Datensatz ein signifikanter negativer, jedoch nicht sonderlich starker Zusammenhang zwischen dem zeitlichen Ausmaß des Parteiengagements¹⁰ und der Sicht auf eine allgemeine Inklusionserweiterung vor.¹¹ Das heißt, je mehr Zeit Mitglieder für ihre Partei aufbringen, desto ablehnender stehen sie tendenziell dem Vorschlag gegenüber, die Bevölkerung in das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung einzubeziehen.

Differenziert man die Elektoren nach ihrem beruflichen Bezug zur Parteipolitik aus, bietet sich folgendes Bild: Unter den Delegierten mit parteipolitischen oder parteipolitisch nahen Berufen findet sich keine Mehrheit für eine innerparteiliche Inklusionserhöhung (addierte Anteile ‚überhaupt nicht‘ und ‚eher nicht‘, siehe Abbildung 9).¹² Eine Mehrheit besteht dagegen unter denjenigen mit politik-

10 Die Frage lautete: Wie viel Zeit wenden Sie für die Parteiarbeit (ehrenamtlich und beruflich) in einer durchschnittlichen Woche auf? (Einfügung i.O.); Kategorienausprägungen: ‚bis zu 4 Stunden‘ (Kodierung=0), ‚5 bis 14 Stunden‘ (Kodierung=1), ‚15 bis 24 Stunden‘ (Kodierung=2), ‚25 bis 34 Stunden‘ (Kodierung=3), ‚35 bis 44 Stunden‘ (Kodierung=4), ‚mehr als 44 Stunden‘ (Kodierung=5).

11 Unabhängige Variable: zeitliches Parteiengagement (zur Frage und Kodierung siehe Fußnote 10); abhängige Variable: allgemeine Inklusionserhöhung (Kodierungen: ‚überhaupt nicht‘=0, ‚eher nicht‘=1, ‚eher‘=2, ‚voll‘=3); Kendall-Tau-b=-0,049*; N=1.307; * p<0,05.

12 Die Frage lautete: Welche berufliche Tätigkeit üben Sie derzeit aus? Wenn Sie nicht mehr erwerbstätig sind, welche Tätigkeit haben Sie bei Ihrer früheren Erwerbstätigkeit zuletzt ausgeübt? Bitte geben Sie hier die Bezeichnung Ihrer Tätigkeit an: ... Bitte beschreiben Sie Ihre berufliche Tätigkeit stichpunktartig: ...; Zu den parteipolitischen Berufen wurden gezählt: Abgeordnete, Regierungsmitglieder, Mitarbeiter der Parteien, der Fraktionen und der Abgeordneten, kommunale Wahlbeamte (Landräte, Oberbürgermeister, Bürgermeister, Beigeordnete). Zu den parteipolitisch nahen Berufen wurden gezählt: Mitarbeiter von politischen und parteinahen Stiftungen, Interessengruppen, Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften, Angestellte des Öffentlichen Dienstes und Beamte mit Politikbezug. Zu den politikäquivalenten Berufen wurden gezählt: Angestellte des Öffentlichen Dienstes und Beamte ohne Politikbezug, wie etwa Lehrer, Dozenten, Wissenschaftler, freie Berufe, wie Rechtsanwälte und Journalisten, selbständige Unternehmer, Betriebsräte, Ausbildungsberufe, Studenten und

äquivalenten oder politikfernen Berufen (addierte Anteile ‚voll‘ und ‚eher‘). Deutlich abgelehnt wird der Vorschlag der allgemeinen Inklusionserhöhung in allen vier Berufskategorien. Allerdings steigt die graduelle Aufgeschlossenheit, die Bevölkerung am Nominierungsverfahren zu beteiligen, je weniger die befragten Elektoren beruflich in der Parteipolitik aktiv sind (siehe Abbildung 10). Festhalten lässt sich, dass mit einem Beruf in oder für die Partei tendenziell die Unterstützung für eine Reform zur Partizipationserweiterung der EP-Kandidatenaufstellung sinkt. Mit diesem zentralen Befund findet die eingangs skizzierte These, dass die größten Widerstandsakteure unter den Berufspolitikern zu finden sind, empirische Bestätigung.

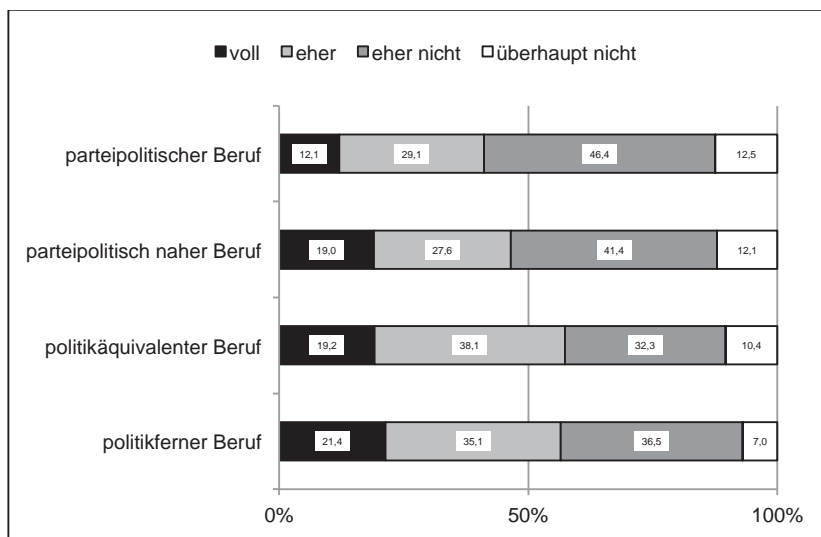


Abbildung 9 Unterstützung partieller Inklusionserhöhung durch Elektoren, nach Politikbezug im Beruf

Anmerkungen: Die Aussage lautete: Eine stärkere Beteiligung der Parteibasis würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

Doktoranden. Zu den politikfernen Berufen wurden alle übrigen Berufe gezählt (zur Systematik dieser Berufsdifferenzierung vgl. Höhne 2013a: 351f.).

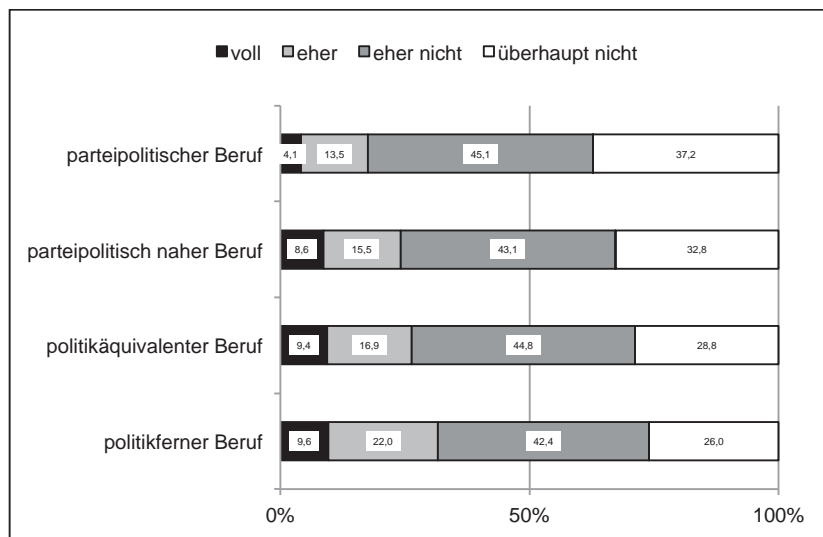


Abbildung 10 Unterstützung allgemeiner Inklusionserhöhung durch Elektoren, nach Politikbezug im Beruf

Anmerkungen: Die Aussage lautete: Die Einbeziehung der Bevölkerung würde das Verfahren der EP-Kandidatenaufstellung in meiner Partei bereichern. Angaben in gültigen Prozent.

Quelle: eigene Datenerhebung, -berechnung und -darstellung.

8 Schlussbetrachtung: behutsame Reformen sind möglich, weitreichende derzeit nicht

Parteien haben in ihrer Geschichte wiederholt gezeigt, dass sie in der Lage und auch Willens sind, sich durch organisatorische, programmatische und personelle Anpassungen – zumindest ein Stück weit – neu zu erfinden (für die SPD vgl. etwa Friedrich-Ebert-Stiftung 2013). Allerdings ist die Zukunft der Parteien immer auch durch ihre Vergangenheit geprägt. Organisatorische Pfadabhängigkeit bremst den Mut zur Veränderung. Die hier dargelegten und diskutierten Befunde zur innerparteilichen Evaluation (Abschnitt 5) und zum innerparteilichen Reformpotenzial (Abschnitt 6) der EP-Kandidatenaufstellungen als zentrale Bestandteile des übergeordneten Komplexes ‚Parteireform‘ sind eindeutig. Sie lassen sich in vier Punkte zusammenfassen:

- die innerparteiliche Zustimmung zum Verfahren der EP-Aufstellung ist hoch (Kriterien: demokratisch, effizient, kompliziert, fair), dies gilt in beinahe gleichem Ausmaß für die Aspiranten und die Elektoren, zwischen den beiden Beobachtungspunkten 1994 und 2009 schmelzen die positiven Werte unter den Kandidaten jedoch geringfügig ab;
- die Aspiranten und die Elektoren sind – trotz ihrer grundsätzlichen Unterstützung des Selektionsverfahrens – für eine Öffnung der EP-Auswahl hin zu den Parteimitgliedern, in den Parteien bzw. unter ihren Entscheidungsträgern besteht somit eine ausreichende Kapazität für parteiintern inklusivere EP-Kandidatenaufstellungen;
- die Widerstände gegen eine Öffnung der EP-Nominierungen für die Bevölkerung sind stark ausgeprägt, sowohl unter den Aspiranten als auch – und dabei noch deutlicher – unter den Elektoren;
- nach Politikbezug im Beruf ausdifferenziert, zeigt sich in Einklang mit der in diesem Beitrag zugrunde gelegten These, dass unter den Parteimitgliedern (Aspiranten und Elektoren), die einen parteipolitischen Beruf ausüben, die größten Gegner der Einbeziehung der Bevölkerung bei EP-Kandidatenaufstellungen zu finden sind.

Bei dem Ansatz der partiellen Inklusionserhöhung, das heißt der verbreiterten Mitwirkung der Parteimitglieder, wäre das Bedrohungspotenzial der in allen Parteien als wichtig erachteten Organisationsgeschlossenheit (vgl. Laux 2011: 160) gering. Parteien würden ihren Status als Nominierungsmonopolisten nicht einbüßen. Anders verhält es sich mit der radikaleren Idee des allgemeinen Inklusionsausbaus. Obwohl es spekulativ ist, Auswirkungen auf die Parteiorganisationen, bspw. mit Blick auf Erfahrungen in den US-Vorauswahlsystemen, zu benennen, kann davon ausgegangen werden, dass die parteiliche Kontrollfähigkeit der Rekrutierungsprozesse sinkt und damit auch die Stellung der höheren Parteieliten bzw. der Berufspolitiker geschwächt würde. Dies gilt unabhängig von möglichen Reformkonkretisierungen, die spezifische Determinanten und Herausforderungen, die Europa-, Bundestags- oder Landtagswahlen mit sich bringen, einbeziehen müssten.

An die Stelle politischer Professionalitätsgesichtspunkte, die in den deutschen Parteien auf der jahrelangen Ochsentour erworben werden, könnten politikferne Kriterien wie finanzielle Mittel oder Medienpopularität treten (zu bereits bestehenden Medieneinflüssen bei Bewerberinnenominierungen vgl. Höhne 2013b). Loyalitäten in den Parteien könnten abschmelzen, was wiederum zum Rückgang innerparteilicher Kohäsionskräfte führen könnte. Davon wären auch die parlamentarischen Arme der Parteien betroffen. Der interne Zusammenhalt von

Fraktionen wäre aufgrund der zu erwartenden intensivierten Wählerhinwendung von Abgeordneten sowie der dezimierten parteiinternen Sanktionsfähigkeit womöglich schwerer zu gewährleisten (vgl. Rahat/Hazan 2001: 312f.). Doch würde die repräsentative, auf Parteien fußende Demokratie bei einer Mitwirkung der Bevölkerung geschwächt werden?

Dies ist eher unwahrscheinlich, wenngleich sich diese Frage nicht mit letzter Bestimmtheit beantworten lässt. Klar ist dagegen, dass ‚Hinterzimmerpolitik‘ mit anschließender ‚Krönungsmesse‘ ein Relikt der Vergangenheit sein sollte. Den Parteien sei empfohlen, energischer als bisher Reformanstrengungen bei ihren Kandidatenaufstellungen zu intensivieren, wenigstens zunächst als interne ‚Auflockerung‘. Die Erwartung dabei wäre, dass die anscheinend unumkehrbare Abkehr von den Parteien gestoppt oder zu einer neuen Hinwendung führen könnte und Parteien so wieder in die Mitte der Gesellschaft zurückkehren würden.

Es gibt ganz viele, auch schon intensiv diskutierte Vorschläge zur Reform der Rekrutierungsstrukturen, aber keinen Königsweg. Die föderale Gliederung der Parteien bietet hervorragende Bedingungen für zeitlich und regional begrenzte Experimente, insbesondere in Stadtstaaten. Onlinebasierte Entscheidungsverfahren sollten eine breitere Anwendung finden. Sie ermöglichen – auch bei vielen Partizipierenden – ohne erhebliche Kostenrisiken und mobilitätshemmende Ortsfestlegungen effiziente Abstimmungen. Jedoch sollten Erwartungen an Reformen – wie etwa die, dass damit eine substanzielle Stärkung der Parteien zu erreichen ist – nicht zu hochgeschraubt werden, denn Partizipation in den heutigen Parteien ist eine andere – weniger existenzialistische – als in der Phase der Großkonflikte und ihrer gesellschaftliche Mobilisierung und Gegenmobilisierung durch Parteien im 19. und 20. Jahrhundert.

Schließlich sei auf eine Alternative zur Reform der Inputdimension von Kandidatenaufstellungen verwiesen, nämlich die der Outputdimension. Ergebnisse von Kandidatenaufstellungen können bei Verhältniswahlen durch die Wähler beeinflusst werden, indem flexible Stimmgebungsverfahren, so genannte Präferenzstimmen, eingeführt werden. Die Wähler könnten sich dadurch für einen Kandidaten einer Partei unabhängig von dessen Listenplatz entscheiden. Damit würden Parteien ihr personelles Angebot wirklich zur Wahl stellen. Seiteneinstiegs-kandidaten dürften bessere Chancen haben; Bewerberlisten könnten an elektoraler Attraktivität gewinnen. Aber auch das Ansetzen am Output bliebe nicht ohne spürbare Folgen für die Parteien, denn Listen sind ein Ausdruck vielfältiger, feinjustierter Kompromisse ihres komplexen Binnenlebens.

Ob und welchen Reformpfad die Parteien bei ihren Personalrekrutierungen einschlagen, wird maßgeblich dazu beitragen, welche Bedeutung sie und ihre Vertreter zukünftig bei der politischen Organisation der Gesellschaft einnehmen

werden. Die Berücksichtigung der empirischen Erkenntnisse dieses Beitrags in der wissenschaftlichen Debatte um die interne Reform der Parteien (siehe Fußnote 1 und 3) könnte zu einer besseren Verklammerung des normativ Gewünschten mit dem derzeit innerparteilichen Möglichen beitragen.

Literatur

- Becker, Bernd (1999): Innerparteiliche Reformmöglichkeiten für die deutschen Parteien: Von Großbritannien lernen, in: *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 30, S. 447-466.
- Beyme, Klaus von (2001): Funktionswandel der Parteien in der Entwicklung von der Massenmitgliederpartei zur Partei der Berufspolitiker, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 315-339.
- Biehl, Heiko (2013): Nur noch Sprachrohr von Gewinnern? Repräsentation sozial schwächerer Bevölkerungsgruppen durch politische Parteien, in: Thaa, Winfried/Linden, Markus (Hrsg.): *Soziale Ungleichheit und politische Repräsentation*, Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).
- Biezen, Ingrid van/Mair, Peter/Poguntke, Thomas (2012): Going, Going, ... Gone? The Decline of Party Membership in Contemporary Europe, in: *European Journal of Political Research*, 51, S. 24-56.
- Bilstein, Helmut (1969): Kandidatenaufstellung oder wie demokratisch sind unsere Parteien?, in: *Gegenwartskunde. Zeitschrift für Gesellschaft, Wirtschaft, Politik und Bildung*, 18, S. 3-16.
- Blühdorn, Ingolfur (2011): Das postdemokratische Doppeldilemma. Politische Repräsentation in der simulativen Demokratie, in: Linden, Markus/Thaa, Winfried (Hrsg.): *Krise und Reform politischer Repräsentation*, Baden-Baden: Nomos, S. 45-74.
- Bösch, Frank (2005): Oppositionszeiten als Motor der Parteireform? Die CDU nach 1969 und 1998 im Vergleich, in: Schmid, Josef/Zolleis, Udo (Hrsg.): *Zwischen Anarchie und Strategie. Der Erfolg von Parteiorganisationen*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 172-185.
- Bukow, Sebastian (2013): *Die professionalisierte Mitgliederpartei. Politische Parteien zwischen institutionellen Erwartungen und organisationaler Wirklichkeit*, Wiesbaden: Springer VS.
- Cohen, James Hillson (1969): Political Candidate Nominations. A Comparative Study of the Law of Primaries and German Party Candidate Nominating Procedures, in: *Jahrbuch des Öffentlichen Rechts der Gegenwart. Neue Folge*, 18, S. 491-538.
- Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen (1974): *Kandidatenaufstellung durch Vorwahlen? Überlegungen zur Reform der Wahlen zum Deutschen Bundestag*, Stenographische Niederschrift der Seminartagung der Deutschen Vereinigung für Parlamentsfragen e.V. am 02.12.1974, Bonn.
- Duverger, Maurice (1959): *Die politischen Parteien*, Tübingen: Mohr.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2013): *Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 60, Thema: 150 Jahre SPD.

- Haungs, Peter (1970): Mitgliederbefragung zur Landtags-Kandidatenaufstellung. Das Experiment des CDU-Bezirksverbandes Rheinhessen-Pfalz, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 1, S. 403-417.
- Haungs, Peter (1981): Parteiendemokratie in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin: Colloquium.
- Henkel, Joachim (1976): Die Auswahl der Parlamentsbewerber. Grundfragen – Verfahrensmodelle, Berlin/New York: De Gruyter.
- Höhne, Benjamin (2010a): Europaliste mit Strahlkraft nach innen und außen. Kurzanalyse einer Befragung zu den Kandidatenaufstellungen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Europawahl 2009, in: Lemke, Steffi (Hrsg.): GRÜNER Infodienst-Intern, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Kalenderwoche 04/2010, 29. Januar 2010.
- Höhne, Benjamin (2010b): Strukturmuster, Selektionsprämissen und Resultate von Kandidatenaufstellungen zu Bundestags- und Europawahlen in Deutschland. Eine längsschnitt- und querschnittanalytische Objektivierung subjektiver Anreiz- und Verteilungsstrukturen, in: Jun, Uwe/Ders. (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen: Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 85-121.
- Höhne, Benjamin (2013a): Rekrutierung von Abgeordneten des Europäischen Parlaments. Organisation, Akteure und Entscheidungen in Parteien, Opladen/Berlin/Toronto: Barbara Budrich.
- Höhne, Benjamin (2013b): Selektieren Medien Parlamentskandidaten? Medieneinfluss und Medienkompetenz bei innerparteilichen Nominierungen, in: Oehmer, Franziska (Hrsg.): Politische Interessenvermittlung und Medien. Funktionen, Formen und Folgen medialer Kommunikation von Parteien, Verbänden und sozialen Bewegungen (Arbeitstitel), Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).
- Horn, Wolfgang/Kühr, Herbert (1978): Kandidaten im Wahlkampf. Kandidatenauslese, Wahlkampf und lokale Presse 1975 in Essen, Meisenheim am Glan: Hain.
- Jun, Uwe (2009): Organisationsreformen der Mitgliederparteien ohne durchschlagenden Erfolg: Die innerparteilichen Veränderungen von CDU und SPD seit den 1990er Jahren, in: Ders./Niedermayer, Oskar/Wiesendahl, Elmar (Hrsg.): Zukunft der Mitgliederpartei, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 187-210.
- Jun, Uwe (2013): Typen und Funktionen von Parteien, in: Niedermayer, Oskar (Hrsg.): Handbuch Parteienforschung, Wiesbaden: Springer VS (im Erscheinen).
- Klug, Astrid (2012): Die Organisationsreform der SPD 2010/2011, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 159-174.
- Köcher, Renate (Hrsg.) (2009): Allensbacher Jahrbuch der Demoskopie 2003-2009, Berlin/New York: De Gruyter.
- Kolk, Henk van der/Schmitt, Hermann/Scholz, Evi/Thomassen, Jacques (1997): The European Elections Study 1994, in: Special Issue of the European Journal of Political Research, 32, S. 283-289.
- Kölsch, Eberhard (1972): Vorwahlen. Zur Kandidatenaufstellung in den USA, Berlin: Duncker & Humblot.
- Korte, Karl-Rudolf/Treibel, Jan (Hrsg.) (2012): Wie entscheiden Parteien? Prozesse innerparteilicher Willensbildung in Deutschland, ZPol-Sonderband 2012, Baden-Baden: Nomos.

- Laux, Annika (2011): Was wünschen sich Mitglieder von ihren Parteien?, in: Spier, Tim/Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Hoffmann, Hanna/Dies./Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 157-176.
- Lübker, Malte (2002): Mitgliederentscheide und Urwahlen aus Sicht der Parteimitglieder: empirische Befunde der Potsdamer Mitgliederstudie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 33, S. 716-739.
- Magiera, Siegfried (1973): Vorwahlen und demokratische Kandidatenaufstellung im modernen Parteienstaat, in: Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart, Neue Folge, Bd. 22, S. 621-662.
- Marschall, Stefan/Strünck, Christoph (2010): Von der Reformpartei zur Partei der Reformen? Die SPD auf der Suche nach ihrer Zukunft, in: Gehne, David/Spier, Tim: Krise oder Wandel der Parteiendemokratie?, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 132-149.
- Müntefering, Franz (2000): Demokratie braucht Partei. Die Chance der SPD, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 31, S. 337-342.
- Niedermayer, Oskar (2009): Parteimitgliedschaften im Jahre 2008, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 40, S. 370-382.
- Das Parlament, 08.04.2013, S. 2.
- Patzelt, Werner J. (1999): Parlamentarische Rekrutierung und Sozialisation. Normative Erwägungen, empirische Befunde und praktische Empfehlungen, in: Zeitschrift für Politik, 46, S. 243-282.
- Patzelt, Werner J. (2010): Was für Politiker brauchen wir? Ein normativer Essay, in: Edinger, Michael/Ders. (Hrsg.): Politik als Beruf, PVS-Sonderheft 44/2010, Wiesbaden, S. 70-100.
- Pennings, Paul/Hazan, Reuven Y. (2001): Democratizing Candidate Selection: Causes and Consequences, in: Party Politics, 7, S. 267-275.
- Peters, Hans (1956): Zur Kandidatenaufstellung für freie demokratische Wahlen, in: Maunz, Theodor (Hrsg.): Vom Bonner Grundgesetz zur gesamtdeutschen Verfassung. Festschrift zum 75. Geburtstag von Hans Nawiasky, München: Isar-Verlag, S. 341-358.
- Rahat, Gideon/Hazan, Reuven Y. (2001): Candidate Selection Methods. An Analytical Framework, in: Party Politics, 7, S. 297-322.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (1997): Parteireform, in: Gabriel, Oscar W./Niedermayer, Oskar/Stöss, Richard (Hrsg.): Parteiendemokratie in Deutschland, Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 338-355.
- Schmitt, Hermann/Niedermayer, Oskar (1979): Die mittlere Führungsschicht der SPD und die westeuropäische Integration, in: Die Neue Gesellschaft, 26, S. 484-488.
- Schroeder, Wolfgang/Neumann, Arijana (2010): Zwischen Mitglieder- und professionalisierter Wählerpartei – Organisationsreformen von SPD und CDU auf Landesebene, in: Jun, Uwe/Höhne, Benjamin (Hrsg.): Parteien als fragmentierte Organisationen. Erfolgsbedingungen und Veränderungsprozesse, Opladen/Farmington Hills: Barbara Budrich, S. 207-228.
- Schüttemeyer, Suzanne S./Sturm, Roland (2005): Der Kandidat – das (fast) unbekannte Wesen: Befunde und Überlegungen zur Aufstellung der Bewerber zum Deutschen Bundestag, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36, S. 539-553.
- Siefken, Sven T. (2002): Vorwahlen in Deutschland? Folgen der Kandidatenauswahl nach U.S.-Vorbild, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 33, S. 531-550.

- Spier, Tim (2011): Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: Ders./Klein, Markus/Alemann, Ulrich von/Hoffmann, Hanna/Laux, Annika/Nonnenmacher, Alexandra/Rohrbach, Katharina (Hrsg.): Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 97-119.
- Strøm, Kaare/Müller, Wolfgang C./Bergman, Torbjörn (2006): *Delegation and Accountability in Parliamentary Democracies*, Oxford: Oxford University Press.
- Wiesendahl, Elmar (2012): Partizipation und Engagementbereitschaft in Parteien, in: Mörschel, Tobias/Krell, Christian (Hrsg.): *Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 121-157.
- Zeuner, Bodo (1970): *Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965. Untersuchungen zur innerparteilichen Willensbildung und zur politischen Führungsauslese*, Den Haag: Springer.